

# Konfliktträume und Migration

Die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West wird weniger von internationalen Machtkonflikten bestimmt als vielmehr von Auseinandersetzungen um transnationale Phänomene, wie ökologische Schäden, Verknappung der Ressourcen, starkes Bevölkerungswachstum, Migration, Drogenhandel, Terrorismus etc. Es scheint, daß im globalen Maßstab vor allem wirtschaftliche Güter bei nach wie vor vorherrschenden ethnisch-religiös-nationalen Konflikten Rivalitätslinien bilden werden.<sup>1</sup>

## 1989: Revolution mit neuer geopolitischer Dimension

"Wann war der Fall der Mauer? Anfang November 1989? So lange ist das schon her? Ich hätte geglaubt, das wäre schon viel früher gewesen!"

Wer kennt sie nicht, solcherart Feststellungen, aus eigener Erfahrung. Vor einem Jahrzehnt begannen die letzten Stützen des "realen Sozialismus" zu wanken, und mit dem Niederkrachen der kommunistischen Regime im Osten und Südosten Europas wurde eine neue geopolitische Zeitspanne geöffnet, die Francis Fukuyama in seinem 1989 verfaßten Essay<sup>2</sup> als "The End of History" bezeichnete. Seiner Meinung nach würde der Umbruch die "Endstation der ideologischen Evolution der Menschheit und die allgemeine Verbreitung der westlichen liberalen Demokratie als der endgültigen Form menschlicher Regierung" bedeuten.

Die Ereignisse im letzten Dezennium zeigen, daß von einem "Ende der Geschichte" in diesem Sinne keine Rede sein kann. Im Gegenteil, gewalttätige Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien, auf dem Territorium der früheren Sowjetunion, in Somalia, Ruanda, Zaire und anderen Ländern Afrikas und Asiens lassen eine "stabile Weltfriedensordnung" in weite Ferne gerückt erscheinen. Zwar sind in absehbarer Zukunft großräumige militärische Auseinandersetzungen in Europa nicht zu erwarten, doch sind wir aufgrund der neuen Gegebenheiten mit neuen Konfliktpotentialen in Europa und in seinem Umfeld konfrontiert:

- ethnische und nationale Spannungen sowie nationalistische und fundamentalistische Strömungen besonders auf dem Balkan, auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR und am südlichen Rand des Mittelmeeres
- ungelöste Minderheitenfragen
- Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen
- organisierte Kriminalität, Drogenhandel, terroristische Aktivitäten
- Arbeitsmigration und Massenflucht vor Repressalien

### *Zukünftige Kriege*

Aufgrund technischer Entwicklungen wird die geographische Distanz immer unwichtiger. Experten rechnen damit, daß um 2010 vermutlich 80 Prozent des heutigen NATO-Gebietes in der Reichweite ballistischer Raketen aus den Regionen des Mittleren Ostens und des Maghreb liegen werden. Durch die voranschreitende Verbreitung zielgenauer Trägersysteme verschärfe sich auch die Gefahr atomarer, biologischer und chemischer Proliferation. Trotz verstärkter

---

<sup>1</sup> Vgl. Pfetsch, Frank R: Globale Konfliktformationen, in: Internationale Politik, Heft 3/1998, S. 4.

<sup>2</sup> Fukuyama, Francis: The End of History, in: The Independent, 20. u. 21. Sept. 1989

Bemühungen, die Weiterverbreitung zu unterbinden, könne diese bestenfalls verlangsamt, nicht aber völlig zu Fall gebracht werden.

Der bekannte israelische Militärgeschichtler Martin van Creveld zählte zwischen 1945 und 1990 rund 160 bewaffnete Konflikte (ohne Kämpfe der Spanier gegen Basken, Franzosen gegen Korsen, usw.)<sup>3</sup>. Von diesen sind drei Viertel der Kategorie low intensity conflicts (LIC) zuzuordnen. Sie brechen eher in "weniger entwickelten" Teilen der Welt aus; in den wenigsten Fällen sind auf beiden Seiten reguläre Streitkräfte daran beteiligt; es gibt keinen Einsatz hochentwickelter Kollektivwaffen. Flugzeuge, Panzer, Raketen, schwere Geschütze und andere komplizierte Waffensysteme spielen bei "low intensity conflicts" eine marginale Rolle. Die Gesamtzahl der Toten in den sogenannten "low intensity conflicts" beläuft sich seit 1945 auf zirka 20 Millionen.

### ***"Low Intensity Conflict" im Vormarsch***

Der nichttrinitarische Krieg<sup>4</sup> hat beinahe weltweit die Oberhand gewonnen: In vielen entwickelten Ländern gibt es inzwischen beträchtliche Minderheiten – ob Muslime wie in Westeuropa oder Hispanier wie in den USA –, die mit Motiven, welche den Kämpfen in ihren Herkunftsländern zugrunde liegen, sympathisieren und selber auf Gewalt verfallen könnten, um gegen gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskriminierung zu protestieren. "Sich heutzutage vor dem nichttrinitarischen Krieg sicher zu fühlen heißt, entweder mit Einfalt oder mit Blindheit geschlagen zu sein."<sup>5</sup>

Der Terrorismus werde nicht erlöschen, solange er Unterstützung finde, entweder in bestimmten Staaten oder unter wichtigen unzufriedenen gesellschaftlichen Gruppen in den angegriffenen Ländern selbst. "Schon heute gibt es kaum eine Regierung, die nicht irgendwann gezwungen war, mit Terroristen zu verhandeln und ihnen damit ein begrenztes Maß an Anerkennung gewähren."<sup>6</sup>

Für Creveld ist die Vorstellung, der Krieg sei – in Ergänzung zu Clausewitz – die Fortsetzung der Religion, auch in ihren extremsten Formen, längst noch nicht tot. Die westlichen Strategen und Anhänger von Clausewitz täten seines Erachtens gut daran, diesen Umstand künftig zu berücksichtigen. Andernfalls könnten sie leicht einem "Heiligen Krieg" (Jihad) zum Opfer fallen, weil sie seine Natur nicht begriffen hätten, denn viele Muslime begingen bereitwillig im Kampf für eine "gerechte Sache" in einem "Heiligen Krieg" Selbstmord. Religiöse Einstellungen, Überzeugungen und Fanatismus würden künftig eine größere Rolle bei der Motivation eines bewaffneten Konfliktes spielen als in den letzten 300 Jahren. Der Islam breite sich als Weltreligion am schnellsten aus. Gewiß gibt es dafür viele Gründe, doch Creveld vermutet, daß er sich gerade wegen seiner Militanz zusehends ausweite.<sup>7</sup>

---

<sup>3</sup> Creveld, Martin van, Die Zukunft des Krieges, München 1998, S 45 ff. (Original: The Transformation of War, The Free Press, New York, 1991).

Andere Untersuchungen gehen von 200 bis 300 bewaffneten Auseinandersetzungen aus, je nach Beurteilung und Konfliktform.

<sup>4</sup> Creveld hinterfragt vor allem das sogenannte trinitarische Schema, die archaische Dreigliederung "Staat – Armee – Volk", welche das militärische Denken (auch heute noch) maßgeblich bestimmt. Die Clausewitzsche Gedankenwelt beruhte nach Meinung Crevelds auf der Annahme, daß vorwiegend Staaten, oder genauer, Regierungen, Krieg führen (Trinität aus Volk, Heer und Regierung).

<sup>5</sup> ebenda, S. 98 f.

<sup>6</sup> ebenda, S. 101.

<sup>7</sup> ebenda, S. 201 ff.

Die Erbeutung der religiösen Symbole des Feindes war einst der sicherste Weg zum Sieg, ihr Verlust wiederum wurde als Ursache und Beweis der Niederlage zugleich angesehen. Da der "low intensity conflict" weniger stark institutionalisiert ist als ein konventioneller Krieg, befürchtet Creveld in dessen Verlauf wohl verstärkt auch den Angriff auf symbolische Objekte. Das Wahre, Schöne und auch das Heilige würden in einem solchen Konflikt die ersten Opfer sein.<sup>8</sup>

Mit großer Wahrscheinlichkeit werden im künftigen "low intensity conflict" auch verstärkt Waffen eingesetzt werden, die heute verboten sind, wie Gas, ganz einfach weil sie in der Herstellung billig sind.

### ***Europa im Fadenkreuz***

Somit könnte sich auch Europa in absehbarer Zeit einer direkten Gefährdung durch Massenvernichtungswaffen ausgesetzt sehen. Dabei beschränkt sich das Problemspektrum nicht allein auf direkte militärische Bedrohungen. Eine Unterbrechung der Energiezufuhr durch eine Krise am Golf oder durch eine Blockade des Suez-Kanals oder der Straße von Hormuz hätte auch und gerade für Europa fatale Auswirkungen. Ähnliches gilt für eine Unterbrechung der Handelswege aus dem ostasiatischen Raum.

Weitere Gefährdungen könnten durch Rückschläge bei der Umsetzung der wirtschaftlichen und politischen Reformprojekte in den ehemaligen kommunistischen Ländern des Ostens, wie beispielsweise in Rußland, oder durch das fortbestehende Wohlstandsgefälle in und um Europa sowie im Nord-Süd-Verhältnis entstehen. Es ist nicht auszuschließen, daß all diese Ungleichgewichte auch auf den stabilen Teil unseres Kontinents ausstrahlen und negative Auswirkungen zeitigen können. Große Bevölkerungsteile in den Ländern der westlichen Industrieländer befürchten als Folge einen Massenansturm an Flüchtlingen und Glücksrittern, die ihr wirtschaftliches Heil im "Goldenen Westen" suchen könnten.

### ***Arbeitsmigranten und Flüchtlinge***

Die internationale Migration wird zunehmend zu einem weltweiten Phänomen. Immer mehr Länder in allen Regionen werden von größeren Zu- und Abwanderungen berührt. Nach einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind in den vergangenen drei Jahrzehnten immer mehr Staaten mit unterschiedlichen Entwicklungsniveaus wichtige Empfänger- bzw. Entsendeländer von Arbeitsmigranten geworden.

Die Ankunft nordafrikanischer "boat people" an spanischen und italienischen Küsten hat in Europa die Besorgnis über illegale Einwanderung wachsen lassen. Mehrere hundert Menschen wagen pro Woche den nicht ungefährlichen Weg übers Meer auf der Suche nach Arbeit und Sicherheit. Der Großteil der Migranten aus Afrika und den meisten Ländern der südlichen Hemisphäre wandert aber innerhalb ihrer Herkunftsregion. Rund 100 Millionen Menschen aus dem Süden zieht es in Länder, in denen die Wirtschaft boomt. Nach Schätzungen der ILO leben 30 bis 35 Millionen legale Arbeitskräfte mit 40 bis 50 Millionen Familienangehörigen im Ausland. Unbestimmt ist das Ausmaß der illegalen Wanderungen. Die Weltbank geht von etwa 4 Millionen in den USA und etwa 3 Millionen in Westeuropa aus. Insgesamt soll es sich um

---

<sup>8</sup> .Wie die Ereignisse z.B. auf dem Balkan, vor allem während des Krieges in Bosnien ab 1992 gezeigt haben, sind Crevelde's Ansichten aus dem Jahr 1991 leider zutreffend. Berichte über Vergewaltigungen andersgläubiger Frauen, Zerstörung der Moscheen und Gotteshäuser bestätigen dies.

mindestens 10 Millionen Illegale handeln.<sup>9</sup> Die zunehmenden interregionalen Wanderungen deuten darauf hin, daß die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften dem Globalisierungstrend von Kapital-, Waren- und Dienstleistungsströmen folgt. Wechseln diese Ströme ihre Richtung oder geht eine Konjunkturphase zu Ende, hat das negative Auswirkungen auf diese Migranten, weil das Beschäftigungsangebot sinkt und Entlassungen die Folge sind.

### ***Auswirkungen der Asienkrise auf die Wanderungsbewegungen***

Seit Beginn der Asienkrise wurden mehrere Millionen Arbeitsmigranten zu einer weitgehend rechtlosen Manövriermasse. Zwei Millionen Gastarbeiter, die Hälfte von ihnen illegale, waren noch 1997 in Malaysia beschäftigt. Ausländer stellten dort 80 Prozent der Bauarbeiter. In Thailand waren mehr als eine Million Fremde tätig. Nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch wurden die einst willkommenen Helfer als Ballast angesehen. Vielerorts wurden sie zu Sündenböcken gestempelt. Man gab ihnen die Schuld an Arbeitslosigkeit und zunehmender Kriminalität. Im Januar 1998 kündigte die Regierung Malaysias die Ausweisung von einer Million ausländischer Arbeiter an. Schlußendlich wurde die Zahl auf 200.000 abgeschwächt. Auch in Thailand und Südkorea wurde mit Massenabschiebungen begonnen.

Die Rückkehr der Wanderarbeiter nach Bangladesch, Indonesien und auf die Philippinen bedeutete für die meisten Arbeitslosigkeit oder Armut – auch für ihre Angehörigen. So betrogen beispielsweise, laut Bericht in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 17. August 1998, die Überweisungen der Gastarbeiter aus Bangladesch jedes Jahr rund 1,5 Milliarden Dollar. Anfang der neunziger Jahre machten solche Zahlungen im Jemen 78 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Der Jemen ist auch ein Beispiel dafür, daß Wanderarbeiter zum Spielball politischer Interessen werden können. Als das Land im Golfkrieg den Irak unterstützte, wies Saudi-Arabien kurzerhand mehr als 800.000 jemenitische Gastarbeiter aus.<sup>10</sup>

Wie schon zuvor angemerkt, folgen Arbeitsmigranten den Strömen von Kapital, Waren und Dienstleistungen. Durch den wirtschaftlichen Niedergang in den asiatischen Tigerstaaten dürften sich die Arbeiter aus dieser Region den Golfstaaten zuwenden. Aber auch dort ist die wirtschaftliche Lage und die des Arbeitsmarktes aufgrund des niedrigen Ölpreises nicht gerade rosig. 3,8 Millionen Südasiaten sind derzeit dort tätig, für zusätzliche Arbeitskräfte besteht jedoch kaum Bedarf.

### ***Soziales Konfliktpotential***

Durch die wirtschaftlichen Turbulenzen in Asien und deren negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ist auch ein Konfliktpotential zu verzeichnen, das als groß bis sehr groß veranschlagt werden muß. Während es in Singapur, Hongkong und Taiwan zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges für breite Bevölkerungsschichten Möglichkeiten gab, durch Leistung zu Wohlstand zu gelangen, blieben in Indonesien, Thailand und den Philippinen die "richtigen Beziehungen" und Familienbande ausschlaggebend. Die Folge war ein provokantes Reichtumsgefälle in diesen letztgenannten Ländern. Trotzdem war ein außergewöhnlich starkes Wachstum der Mittelschichten festzustellen, dessen Entstehen zur Überwindung alter ethnischer, religiöser und sozialer Spannungen beizutragen schien.

Die schmerzlichen Strukturreformen rufen soziale und politische Kraftproben von bisher unbekannter Intensität hervor. Da sich die meisten Regierungen in den Boomjahren daran

---

<sup>9</sup> Vgl. Hauchler, Ingomar; Dirk Messner, Franz Nuscheler (Hrsg.): Globale Trends 1998, Fakten, Analysen, Prognosen, Bonn 1997 (Fischer TB 13800), S. 100.

<sup>10</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 17.08.1998

gewöhnt hatten, den sozialen Frieden durch Lohnsteigerungen zu erkaufen und dies dank anhaltend hoher Wachstumsraten auch bei Korruption und Ineffizienz zu realisieren vermochten, dürften in manchen Fällen die Spannungen der Anpassungskrise einen systemgefährdenden Charakter annehmen. Oppositionelle Kräfte werden Auftrieb bekommen. Bei Massenunzufriedenheit unter den Mittelschichten, die sich insbesondere auf den Philippinen, in Thailand, Taiwan und Südkorea in den letzten 15 Jahren als Hauptprotagonisten der Demokratisierung profiliert hatten, können institutionelle und vor allem personelle Schwächen der Demokratie autoritären Verführern neue Attraktivität verleihen.

Noch viel akuter sind die systemgefährdenden Spannungen in jenen Ländern, die den politischen Wettbewerb in ein obrigkeitstaatliches Prokrustesbett gezwungen haben. In Malaysia handelt es sich primär um das durch den Wirtschaftsboom vorübergehend eingeschlaferte Potential an ethnischen und religiösen Spannungen. In Indonesien kommt zu all diesen Unsicherheitsfaktoren hinzu, daß seit längerem unter breiten sozialen Schichten die häufig islamisch inspirierte Fundamentalopposition gegen das bestehende System kräftig an Boden gewinnt.<sup>11</sup>

Im Mai 1998 gab es in Indonesien die schwersten Unruhen seit dreißig Jahren, und sie stürzten das Land teilweise in Chaos und Anarchie. In der Hauptstadt Jakarta zogen Zehntausende plündernd durch die Straßen, zündeten Häuser und Autos an, zahlreiche chinesische Frauen wurden vergewaltigt.<sup>12</sup> Für die einfachen Menschen, Angehörige des 90 Prozent umfassenden muslimischen Anteils an den 200 Millionen Indonesiern, die mit einem Dollar am Tag auskommen müssen, waren die Chinesen, die nur acht Millionen Menschen zählen, aber den größten Teil der Volkswirtschaft beherrschen,<sup>13</sup> mitschuldig an der Wirtschafts- und Währungs-krise. Es waren fast ausschließlich chinesische Geschäfte, die geplündert oder in Brand gesteckt wurden.<sup>14</sup> Die Chinesen, unter ihnen viele Christen, waren und sind auch nach der Ablöse Präsident Suhartos besonders gefährdet, da sie eng mit ihm und seiner durch Korruption un-ge- mein reich gewordenen Familie zusammenarbeiteten, "oft die 'Paten', die Ideen- und Kapital-

---

<sup>11</sup> Vgl. NZZ vom 15./16. November 1997.

<sup>12</sup> Die Vergewaltigung von überwiegend chinesischen Frauen in Jakarta bei den blutigen Unruhen Mitte Mai 1998 werden von mehreren Kommissionen untersucht. Der neue Präsident Habibie hat sie schärfstens verurteilt. Was in der Hauptstadt auf einige Tage beschränkt war (die Zahl der Opfer wird auf mehr als 160 Frauen geschätzt, die meisten wurden mehrfach und in aller Öffentlichkeit mißbraucht), ist in der weit entfernten früheren portugiesischen überwiegend katholischen Kolonie Ost-Timor mehr als 20 Jahre beinahe regelmäßig vorgekommen, seit 1975 indonesische Uniformierte einmarschierten (FAZ 18.07.1998).

<sup>13</sup> In seinem Vortrag vom 26.20.1995 zum Thema "Megatrends Asien" wies John Naisbitt auf die bedeutende Rolle der Auslandschinesen hin. Die 57 Millionen Auslandschinesen bilden die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Das Bruttoinlandsprodukt dieses Netzwerkes liegt zwischen 2 und 3 Bio. Dollar. In mehreren Ländern Asiens kontrollieren Auslandschinesen einen großen Teil des Kapitals – mehr als man auf Grund ihrer Zahl annehmen würde. Auslandschinesen dominieren in allen ostasiatischen Ländern mit Ausnahme Koreas und Japans den Handel und die Investitionstätigkeit. In Malaysia stellen sie 30% der Bevölkerung, kontrollieren aber zu mehr als 50% die Wirtschaft. In Indonesien sind nur 4% der Bevölkerung Chinesen, doch kontrollieren dies 70% der Wirtschaft. In Thailand kontrollieren 3% Chinesen 60% der Wirtschaft, auf den Philippinen kontrollieren 4% Chinesen 70% der Wirtschaft.

<sup>14</sup> Chinesenprogrome hat es in Indonesien auch früher immer wieder gegeben. So war 1965 die als kommunistenfreundlich geltende chinesische Minderheit nach einem niedergeschlagenen kommunistischen Aufstand blutiger Verfolgung ausgesetzt. Die Urgründe der tief verwurzelten Ressentiments reichen jedoch in die ferne Vergangenheit. Wie die Engländer in Indien oder die Spanier auf den Philippinen hatten auch die Holländer mit einer Politik des "teile und herrsche" Minderheiten favorisiert. Im holländischen Ostindien dienten Chinesen den Kolonialherren als Händler und Finanziers. Dafür erhielten sie wirtschaftlich einträgliche Privilegien, die den Einheimischen vorenthalten wurden (NZZ 1.9.1998, S. 31).

bringer, waren".<sup>15</sup> Zudem wurde den chinesischstämmigen Geschäftsleuten vorgeworfen, sie hätten ihr Vermögen ins Ausland geschafft und so die ökonomische Misere verschlimmert. Ein Verschärfung der sozialen Krise ist zu erwarten, da in Indonesien bis Ende 1998 mit einem Anwachsen der Arbeitslosen von derzeit 2,7 Millionen auf zehn Millionen Menschen gerechnet wird.<sup>16</sup>

### ***Sicherheitspolitische Gefahren in der südostasiatischen Region***

Die Wirtschafts- und Währungskrise berührt auf unterschiedliche Weise auch die ökonomisch und machtpolitisch wichtigsten Akteure in der Region: China, Japan, USA.

China sieht durch kräftige Abwertungen der ostasiatischen Währungen gegenüber dem US-Dollar Kostenvorteile, die es vor drei Jahren durch eine Abwertung des Yuan erreicht hatte, weiter geschmälert. Über den monetären Bereich hinaus ist China auch über die Wirtschaftsmacht der chinesischen Überseegemeinschaften in Südostasien involviert. Der Volkszorn wird nicht selten, wie bereits die Ausschreitungen in Indonesien zeigten, an Überseechinesen ausgelassen.

Wirtschaftskrisen brauchen zwar nicht automatisch zu zwischenstaatlichen Spannungen zu führen, doch wäre es sinnvoll, sich in Erinnerung zu rufen, daß die vor nicht allzu langer Zeit erfolgte Ankündigung des asiatisch-pazifischen Zeitalters auf einem sicherheitspolitisch sehr brüchigen Boden erfolgte. Mit Ausnahme des amerikanisch-japanischen Verteidigungsabkommens gibt es in der Region nichts, was mit der NATO, ja nicht einmal mit der WEU oder der OSZE zu vergleichen wäre. Finanzielle Kooperation zwischen ASEAN-Staaten, intensivere Bemühungen um engere Zusammenarbeit zwischen den Notenbanken der Region sowie das von den USA nach wie vor abgelehnte Projekt eines asiatischen Internationalen Währungsfonds (IMF) lassen Lösungsansätze erkennen, welche die nationalen Grenzen überschreiten. Es wird sich weisen, in welchem Ausmaß die Wachstumskrisen soziale und politische Instabilität zur Folge haben werden oder gar in Einzelfällen systemgefährdende Ausmaße annehmen könnten.<sup>17</sup>

### ***Migrationsursache Furcht – um Leben und Freiheit***

Kriege, soziale Konflikte und politische Repression haben in den vergangenen drei Jahrzehnten weltweit rund 50 Millionen Menschen in der eigenen Heimat entwurzelt oder über Staatsgrenzen vertrieben. Obwohl fluchtauslösende zwischenstaatliche Kriege weniger zahlreich waren als innere Konflikte, ist ein Großteil der im Ausland lebenden Flüchtlinge vor Kriegen geflohen. Nach einer Typologie des Migrationsforschers Weiner<sup>18</sup> betrug die Anzahl der Kriegsflüchtlinge 1992 etwa 46 Prozent der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung (vgl. Tabelle 3).

Im letzten Jahrzehnt sind innerstaatliche Spannungen und Konflikte Hauptauslöser von Fluchtbewegungen geworden. Bereits 1992 waren über 5 Millionen Menschen vor ethnopolitischen Konflikten geflohen oder als ethnische Minderheiten vertrieben worden. Dazu kamen nahezu 4 Millionen, die im Gefolge machtpolitischer Auseinandersetzungen zwischen Regierungen und bewaffneten Oppositionellen oder vor der Gewalt rivalisierender Milizen flohen.

---

<sup>15</sup> Vgl. FAZ 13.02.19998; IAP-Dienst Sicherheitspolitik 7/1998

<sup>16</sup> Die Presse 31.01.1998

<sup>17</sup> Vgl. NZZ vom 15. u. 16. November 1997.

<sup>18</sup> Weiner, Myron: Bad Neighbors, Bad Neighborhoods: An Inquiry into the Causes of Refugee Flows. In: International Security, Nr. 1, S. 9 ff.

<b>Wer ist ein Flüchtling?</b>
<p>Nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist ein Flüchtling eine Person, "die aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will".</p>

Tabelle 1 Quelle: UNHCR (UNO-Flüchtlingshochkommissar)

Ethnopolitische Konflikte wurden in der letzten Zeit vor allem in Afrika, aber auch am Rande Europas zum Auslöser neuer großer Fluchtbewegungen. Als Beispiele seien die Flüchtlingsdramen in Ruanda, Burundi, Kongo (Zaire), Sudan, Somalia oder die ethnischen Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien und im Nordkaukasus sowie Flüchtlinge vor den Bürgerkriegen in Liberia, Afghanistan oder im Nordirak angeführt.

<b>Konflikttypen und grenzüberschreitende Flucht: 1969, 1982 und 1992*)</b>									
<b>Kategorie</b>	<b>1969</b>			<b>1982</b>			<b>1992</b>		
	<b>Flüchtlinge</b>		<b>Länder</b>	<b>Flüchtlinge</b>		<b>Länder</b>	<b>Flüchtlinge</b>		<b>Länder</b>
	in Mio	in %		in Mio	in %		in Mio	in %	
Antikolonial- u. zwischenstaatliche Kriege	2,1	21,4	6	5,3	68,8	4	7,5	45,5	4
Ethnische Konflikte	3,4	34,7	13	1,7	22,1	10	5,2	31,5	19
Bürgerkriege	-	-	-	0,7	9,1	5	3,7	22,4	11
autoritäre u. revolutionäre Regime	4,3	43,9	15	-	-		0,1	0,6	2
<b>Summe</b>	<b>9,8</b>	<b>100</b>	<b>34</b>	<b>7,7</b>	<b>100</b>	<b>19</b>	<b>16,5</b>	<b>100</b>	<b>36</b>

\*) Die Kategorisierung basiert auf Daten des US Committee for Refugees. Berücksichtigt wurden nur Flüchtlingsbevölkerungen mit mehr als 10.000 Vertriebenen (Tabelle 2 Quelle: Weiner: Bad Neighbors, 1996, S. 12.)

### **Demographische Zeitbombe**

Das Wachstum der Weltbevölkerung übersteigt die Vorstellungskraft. Die Menschheit von derzeit 5,9 Milliarden wächst jährlich um 80 bis 90 Millionen. Das Wachstum wird in 50 Jahren schwerlich unter 10 Milliarden zum Stillstand kommen. Die hochentwickelten Einwanderungsländer mit ihren Bevölkerungen europäischen Ursprungs altern kräftig. Weil aber ein Teil der

Weltbevölkerung vor ihren Toren Schlange steht, weil Tausende illegal kommen und das Heer der zum Teil ausgebeuteten Gelegenheitsarbeiter vermehren, kümmern sie sich um die eigene negative Bevölkerungsbilanz wenig.

Der französische Demograph Alfred Sauvy hat zur Begründung des von ihm erfundenen Namens "Dritte Welt" an eine Parole der Französischen Revolution erinnert: "Was ist der dritte Stand? – Nichts! Was will er werden? – Alles!" Sie ist auch den Völkern des Südens auf den Leib geschrieben: Wir stehen an der Schwelle dieses Vorgangs, an dessen Ende der Westen voraussichtlich nur noch zehn Prozent der Menschheit stellen wird.

Neue Untersuchungen haben festgestellt, daß nicht nur in westlichen Industrieländern eine extrem niedrige Geburtenrate vorherrscht, sondern auch in bestimmten Ländern und Regionen Lateinamerikas und Asien das Fertilitätsniveau erstaunlich niedrig ist und weiter abnimmt, vor allem in Japan, Hongkong, Südkorea, Singapur, Thailand und teilweise schon in Indonesien – Gebiete, deren wirtschaftliche Dynamik zu ähnlichen biographischen Entwicklungsbedingungen geführt hat wie in den westlichen Industrieländern. Trotz starker Unterschiede hinsichtlich ihrer Geschichte, Religion und Kultur ist diesen dynamischen Wirtschaftsregionen ein schon mit europäischen Verhältnissen vergleichbares niedriges Fertilitätsniveau gemeinsam. Demographen sprechen bereits von einer "Revolution des generativen Verhaltens".

Nach dem heutigen Stand der Bevölkerungswissenschaft existiert eine teilweise Selbstregulation der Bevölkerungsentwicklung durch demo-ökonomische Regelkreise und Rückkopplungen. Allerdings kann man sich nicht darauf verlassen, daß durch die Selbstregulation sowohl das drastische Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern als auch die im Gang befindliche Schrumpfung in den Industrieländern verhindert und ein Gleichstand erreicht wird. In besonders armen Entwicklungsländern – vor allem in Afrika – sind die demo-ökonomischen Wirkungszusammenhänge durch die existentielle Not der Menschen stark beeinträchtigt oder sogar ganz außer Kraft gesetzt. Dort gilt: Je größer das Elend ist, desto langsamer sinkt die Geburtenrate und desto größer ist die Bevölkerungszunahme – daher keine Selbstregulation.

### *Wachstumsdynamik*

Der Großteil der Weltbevölkerung lebt in China und im südasiatischen Raum (rund 60 % der Weltbevölkerung). In Amerika, Europa und Afrika wohnen derzeit 12 – 14 % der Weltbevölkerung. Das durchschnittliche Wachstum weltweit beträgt zur Zeit etwa 1,7 Prozent pro Jahr.

Ein Beispiel soll die Wachstumsdynamik veranschaulichen: In Europa beträgt das durchschnittliche Bevölkerungswachstum 0,22 Prozent pro Jahr, in Afrika etwa drei Prozent. Im Jahr 1950 hatte Afrika die Hälfte der Einwohnerzahl Europas (Europa: 549 Millionen, Afrika 224 Millionen Menschen). Schon im Jahr 1985 hatte Afrika mit Europa<sup>19</sup> gleichgezogen: je 480 Mio Einwohner. Bei einer anhaltenden Wachstumsrate von 3 Prozent wird im Jahre 2025 Afrika dreimal soviel Einwohner wie Europa haben, nämlich 1,6 Milliarden.<sup>20</sup>

---

<sup>19</sup> Europa ohne UdSSR (bzw. Rußland/GUS) und Türkei.

<sup>20</sup> Birg, Herwig: Die Weltbevölkerung: Dynamik und Gefahren, München 1996, S. 38-64.

### Bevölkerungszahl der 10 größten Länder 1995 und 2100 (in Mio)

Land 1995		Land (Rang 1995)	2100
(1) China	1199	Indien (2)	1813
(2) Indien	934	China (1)	1630
(3) USA	263	Pakistan (7)	379
(4) Indonesien	193	Nigeria (10)	355
(5) Brasilien	161	USA (3)	344
(6) Russische Föderation	149	Indonesien (4)	338
(7) Pakistan	129	Äthiopien (22)	334
(8) Japan	125	Brasilien (5)	275
(9) Bangladesch	121	Bangladesch (9)	247
(10) Nigeria	111	Iran (15)	198

Tabelle 3 Quelle: Birg; Weltbevölkerung 1996, S. 108.

Eines der wichtigsten Folgeprobleme des hohen Bevölkerungswachstums ist die Massenarbeitslosigkeit der jungen Generation, die ihre Eltern ökonomisch nicht nur nicht unterstützen können, sondern ihnen sogar zur Last fallen. Verschärft wird diese Massenarbeitslosigkeit auch durch die steigende Lebenserwartung in den Entwicklungsländern. Das Fehlen der sozialen Sicherungssysteme führt zu extremen Schichtunterschieden der Lebensbedingungen und zur Destabilisierung der sozialen, gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen. Am Ende der Problemkette stehen Armutsflüchtlinge, Asylsuchende, Umweltflüchtlinge und Bürgerkriegsflüchtlinge – die die Industrie- und Entwicklungsländer als legale oder illegale Einwanderer miteinander verbinden.<sup>21</sup>

Migration	
<i>Typus</i>	<i>Gründe</i>
Landflucht	Drang zur besseren Infrastruktur
Migration innerhalb von Ländern	besser bezahlte Arbeitsplätze
Migration zwischen Ländern und Kontinenten	politische Pressionen; Verbesserung des persönlichen Lebensstandards

Tabelle 4

Die Konfliktfolgen der Wanderungen sind mehrdimensional: Megastädte und Ballungszentren werden zur Basis für den Kampf um Arbeitsplätze (Konkurrenz zwischen "einheimischer" und "zugewanderter" Bevölkerung. Dies führt bei Niedriglohnberufen zu einem "sorting out" zuungunsten der "einheimischen" Bevölkerung, weil Zuwanderer größtenteils bereit sind, für geringeren Lohn Arbeiten zu verrichten, und es in Folge auf dem Arbeitsmarkt zu einer Verdrängung bisheriger Beschäftigter kommt. Weitere negative Auswirkungen sind eine höhere Kriminalitätsrate, eine Zunahme der Polarisierung zwischen Arm und Reich und immer neue Forderungen nach Lebensräumen (Zweckbauten, davor Slums). 1985 lebten 32 % der Menschen

<sup>21</sup> ebenda, S.117 ff.

in Entwicklungsländern in urbanen Gegenden, im Jahr 2000 werden es 40 % sein, für 2025 wird ein Anteil von 47 % prognostiziert.

Angesichts des Ungleichgewichtes der demographischen Trends zwischen der besitzenden Gesellschaft und den "Habenichtsen" ist es nicht unrealistisch anzunehmen, daß es im 21. Jahrhundert zu einer massiven Migrationsbewegung in Richtung wohlhabenden Norden kommt. Die Teufelsspirale dreht sich nämlich fortdauernd rascher: immer mehr Menschen, weniger Nahrung, weniger Anbauflächen, mehr bewaffnete Auseinandersetzungen um Lebensraum und Versorgungsgüter. Der Begriff "Fortress Europe" (Festung Europa) wird wieder an Bedeutung gewinnen.

**Historisches Weltbevölkerungswachstum 1750 – 2000  
nach Daten der Vereinten Nationen/1994  
(Bevölkerung in Millionen im Jahr)**

	1750	1800	1850	1900	1950	1995	2000
<b>Welt</b>	791	978	1262	1650	2520	5716	6158
<b>Afrika</b>	106	107	111	133	224	728	832
<b>Asien</b>	502	635	809	947	1403	3458	3736
<b>Lateinamerika</b>	16	24	38	74	166	482	524
<b>Nordamerika</b>	2	7	26	82	166	293	306
<b>Europa<sup>22</sup></b>	163	203	276	408	549	727	730
<b>Ozeanien</b>	2	2	2	6	13	29	31

Tabelle 5 Quelle: Birg; Weltbevölkerung 1996, S. 51.

**Die Dritte Welt steht vor Europas Tür  
– vorprogrammiertes Konfliktpotential?**

Seit den sechziger Jahren kamen Immigranten nach Europa, weil sie als Arbeitskräfte willkommen waren. Anwerber bemühten sich sogar um ihre Rekrutierung aus der Türkei und den ärmeren Gebieten des Mittelmeerraumes. Den Gastarbeitern folgten in zunehmender Zahl Asylbewerber und Flüchtlinge, was dazu führte, daß in manchen Stadtvierteln europäischer Großstädte (etwa in Berlin-Kreuzberg) mittlerweile die türkische Bevölkerung das Straßenbild bestimmt. Vergleichbare Entwicklungen beobachtet man in Frankreich, wo nordafrikanische Moslems einzelne Stadtbezirke in verschiedenen Großstädten majorisieren. Aber auch in Wien gibt es Stadtbezirke, die einen hohen Anteil an nichteinheimischer Bevölkerung verzeichnen.

Der Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt sieht in einem abweichenden Brauchtum und Auftreten im Alltag, in zunehmender Beanspruchung von Schulen, Kindergärten und anderen öffentlichen Einrichtungen Irritationen und Überfremdungsängste bei jenen Bevölkerungsschichten, die in enger Nachbarschaft mit den Immigranten leben. Die Idee, daß Immigranten ihre Kultur behalten und sich etwa als deutsche Türken oder deutsche Nigerianer fühlen sollen, weil das unsere Kultur bereichere, hält er für sehr naiv. In Krisenzeiten habe man dann Solidargemeinschaften, die ihre Eigeninteressen vertreten und um begrenzte Ressourcen wie Sozialleistungen, Wohnungen oder Arbeitsplätze konkurrieren. Das störe natürlich den inneren Frieden. Die Algerier in Frankreich etwa bekennen sich nicht als Franzosen. Sie sagen: Wir sind Moslems.

---

<sup>22</sup> Europa ohne UdSSR (bzw. Rußland/GUS) und Türkei.

Vielfalt – so Eibl-Eibesfeldt – kann in einem Staate nebeneinander existieren, wenn die Kulturen verwandt sind, jede ihr eigenes Territorium besitzt und keine Dominanz der anderen zu fürchten braucht, wie etwa in der Schweiz.<sup>23</sup>

### ***Völkerhaß in Afrika***

Wie recht Eibl-Eibesfeldt mit seiner Analyse hat, bestätigt der nigerianische Publizist Peter Enahoro, Herausgeber der Zeitschrift Africa Now, "Schafft zwei Nationen". In: "Der Spiegel" Nr. 31/1996, S. 119, in dem er für Burundi die Teilung in zwei Nationen fordert – in eine der Hutus und eine der Tutsis: "Das Land muß geteilt, zwei Nationen müssen geschaffen werden...". Enahoro weist hier auf grundlegende Fakten hin, die nicht nur für diesen speziellen Fall gelten – nämlich auf die historischen Erfahrungen in dieser erbitterten Feindschaft: "Was immer die komplexen sozialen Ursachen für den Haß zwischen beiden einst gewesen sein mögen, er ist nicht mehr zu bremsen. Wahre Integration zwischen Hutu und Tutsi hat es nie gegeben, sie ist wohl nie möglich gewesen." Was Enahoro hier unmißverständlich zum Ausdruck bringt, ist die Tatsache, daß zwischen Nationalitäten, die sich miteinander nicht verbunden fühlen, Streitigkeiten entstehen können, die bis zum blutigen Krieg führen.

<b>Flüchtlinge 1997 – Die größten 10 Herkunftsländer</b>		
<b>Herkunftsland</b>	<b>Hauptasylländer</b>	<b>Anzahl der Flüchtlinge</b>
Afghanistan	Iran / Pakistan / GUS / Indien	2.675.000
Bosnien & Herzegowina	Kroatien / BR Jugoslawien / Deutschland	700.000
Irak	Iran / Saudi-Arabien / Naher Osten / Pakistan	630.000
Liberia	Guinea / Côte d'Ivoire / Ghana / Sierra Leone	480.000
Somalia	Dschibuti / Äthiopien / Kenia / Jemen	452.000
Sudan	Uganda / Dem. Rep. Kongo / Kenia / Äthiopien	407.000
Eritrea	Sudan	328.000
Angola	Dem.Rep.Kongo / Sambia / Kongo / Namibia	300.000
Sierra Leone	Guinea / Liberia / Gambia / Côte d'Ivoire	280.000
Ruanda	Dem.Rep.Kongo / Kongo / Andere	255.000

Tabelle 6 Quelle: [www.unhcr.de/pubs/fl397/973\\_c.htm](http://www.unhcr.de/pubs/fl397/973_c.htm)

### ***Islamische Gefahr?***

In Europa leben zur Zeit mehr als 20 Millionen Moslems, davon zwischen 12 und 15 Millionen in Westeuropa und 8 Millionen auf dem Balkan. Mit rund 5 Millionen Anhängern ist der Islam längst die zweite Konfession Frankreichs geworden, weit vor den 785.000 Protestanten. Etwa 2 Millionen Muslime leben in Großbritannien, 2,5 Millionen in Deutschland. Die

<sup>23</sup> Vgl. Eibl-Eibesfeldt, Irenäus: Wider die Mißtrauensgesellschaft. Streitschrift für eine bessere Zukunft, München 1994.

Eibl-Eibesfeldt, Irenäus u. König, Otto u. Lummer, Heinrich u. a.: Einwanderungsland Europa? Graz-Stuttgart 1993.

Pariser Moschee, 1926 aus Dankbarkeit für muslimische Kolonialsoldaten erbaut, blieb 50 Jahre lang die einzige Frankreichs. Heute gibt es allein im Großraum Paris 150 islamische Kultstätten.

Am besorgniserregendsten bezeichnet Bassam Tibi, ein in Damaskus geborener Muslim und Politologe an der Universität Göttingen, die Gruppe der aus Südasien (Pakistan und Bangladesch) stammenden Moslems. Diese haben im Januar 1992 in England ein islamisches Gegenparlament gegründet. Ihr Anführer Kalim Siddiqui hob zur Rechtfertigung dieser fundamentalistischen Herausforderung an das westliche Mutterland der Demokratie hervor, daß "die moslemische Gemeinschaft Großbritanniens ein eigenes politisches System bildet, welches Anrecht auf einen Platz unter den wichtigsten Institutionen des Landes hat" und jene britischen Gesetze nicht beachten würde, die dem Koran zuwiderliegen.<sup>24</sup>

Der religiöse Fundamentalismus kann zum Hauptstörfaktor für das geregelte Zusammenleben mit den Europäern werden. Die selbstgewählte Abschottung auf religiös-ethnischer Grundlage läßt die Integrationsbereitschaft verkümmern und trägt so zur Verfestigung des "Feindbildes Islam" bei. Damit ist das friedliche Miteinander der Kulturen nur ein politisches Wunschbild. Mit der Immigration werden auch Konfliktherde eingeschleppt – sie finden im Aufeinanderprallen verfeindeter Volksgruppen im Gastland ihre blutige Austragung (z. B. Türken gegen Kurden in Deutschland). So wird das Gastland dann oft zur Schaubühne von religiösen, ethnischen oder politischen Konflikten und Gewalttaten. Versuche des Gastlandes dies einzudämmen, werden als unfreundlich oder gar fremdenfeindlich abgestempelt.

Die islamistischen Bewegungen wirken auch nach Europa. Das bedeutet zwar keine militärische Bedrohung, doch geht es um die Frage der Identität der Muslime in Europa und die Frage nach der Lebensqualität für Muslime und Europäer: wie begegnen sie einander? Binnen weniger Jahrzehnte wird die Zahl der in Europa derzeit als Migranten lebenden 15 Millionen Muslime auf mehr als 40 Millionen anwachsen. Für Bassam Tibi wäre eine Verteufelung dieser Bevölkerungsgruppe nicht weniger gefährlich für den inneren Frieden als die Ausbreitung eines militanten Islamismus.<sup>25</sup> Dieser Islamismus ist etwas "Hochpolitisches" im ausgehenden 20. Jahrhundert, vor allem nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. So standen in Paris eine Reihe von Islamisten im Zusammenhang mit Terroranschlägen in Frankreich 1994/95 (14 Tote, mehr als 200 Verletzte) vor Gericht. Sie wurden beschuldigt, Helfer und Geld für die "Bewaffnete islamische Gruppe" (GIA) beschafft zu haben, die Terrororganisation, der in Algerien neben Tausenden von Einheimischen auch mehr als 100 Ausländer zum Opfer gefallen sind.

### *Einfluß der islamischen Fundamentalisten*

Bereits seit mehreren Jahrzehnten lebt eine große Anzahl von Muslimen in Europa, aber erst ab den achtziger Jahren wurde ihre Anwesenheit von einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen: Konflikte und Kontroversen, wie z. B. um das Tragen des Kopftuchs in der Schule oder die Bemühungen der Muslime, Moscheen und eigene Friedhöfe zu errichten, machten der einheimischen Bevölkerung bewußt, daß in Europa eine große andersgläubige Minderheit existiert. Vielfach werden diese Bemühungen, die auch als Zeichen einer zunehmenden Integration der Muslime in Europa gesehen werden können, von der angestammten Bevölkerung als Bedrohung und Infragestellung gesellschaftlicher Regeln und des nationalen Selbstverständnisses gesehen. Dazu kommt, daß Ereignisse wie die islamische Revolution im Iran, der Golfkrieg oder das Auftauchen des radikalen Islamismus (z. B. in Afghanistan, Iran, Sudan oder Algerien) und daraus resultierende Konsequenzen für den europäischen Kontinent (z. B. Mobilisierung

---

<sup>24</sup> Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 5/1993, S. 127

<sup>25</sup> Tibi, Bassam: Die Lösung heißt Euro-Islam. In: SPIEGEL SPEZIAL Nr. 1/1998, S. 26.

gegen Salman Rushdie in England, Sprengstoffattentate in Frankreich etc.) nicht gerade zu einem positiven Bild des Islam im Westen beitragen.

<b>Weltreligionen<sup>26</sup> in Mio</b>	
Muslime	1.179
Römische Katholiken	1.055
Hindus	767
Protestanten	366
Freikirchler, Sonstige Christen	315
Konfuzianer	300
Orthodoxe Christen	224
Schintoisten	65
Taoisten	35
Buddhisten	356
Juden	18
Anglikaner	55
Andersgläubige (Stammesreligionen)	244
Nicht-Religiöse, Atheisten	1.400

Tabelle 7

### **Hoher Ausländeranteil bei Häftlingen**

Der deutsche Verfassungsschutzpräsident Peter Frisch sieht nicht nur in einem radikalen Islamismus ein Sicherheitsproblem für Deutschland, sondern auch in der zunehmenden Organisierten Kriminalität (OK),<sup>27</sup> die häufig von ausländischen Nachrichtendiensten oder von Extremisten gesteuert wird. Meist geht es um Waffenschmuggel oder illegalen Handel mit Industriegütern für die Produktion von ABC-Massenvernichtungsgütern. In Thüringen dominierten z. B. die Vietnamesen, die in militärähnlich strukturierten Gruppen auftreten. Ehemalige Angehörige der Sowjetarmee haben sich im Rotlichtmilieu eingerichtet und versuchen, ihre Interessen mit Mord, Erpressung und Bedrohung durchzusetzen. Im Gegenzug sind dort auch die fremdenfeindlichen Straftaten angestiegen. Die Gewinne der Organisierten Kriminalität belaufen sich nach Schätzungen weltweit auf mehrere 100 Milliarden US-Dollar jährlich<sup>28</sup> In Deutschland verursachten 1995 organisierte Gruppen nach den Ermittlungen der Wiesbadener Bundespolizei einen Schaden von über 670 Millionen Mark, seit 1991 insgesamt 10,5 Milliarden.<sup>29</sup>

<sup>26</sup> Die Zahlenangaben sind oft Maximalschätzungen und mit großen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Mehrfachnennungen/Doppelzählungen sind möglich. (Der Fischer Weltalmanach 1996, S. 1135). Weitere Quellen: Der Große Brockhaus (1981), Bd. 12, S. 346; International Bulletin of Missionary Research, New Haven, USA, January 1998; SPIEGEL SPEZIAL 1/1998, S. 19.

<sup>27</sup> Vgl. FOCUS, Nr. 36/1996, S. 40, FOCUS Nr.50/1997, S. 68 sowie DER SPIEGEL, Nr. 36/1997, S. 58 ff.

<sup>28</sup> Schelter, Kurt: Internationaler Terrorismus und Organisierte Kriminalität. In: Europäische Sicherheit, Nr. 5/97, S. 6.

<sup>29</sup> Vgl. FOCUS Nr. 5/97, S. 6.

Jean Ziegler<sup>30</sup> warnt vor der "Hydra" Organisiertes Verbrechen, die erst dann besiegt werden könne, "wenn die demokratische Gesellschaft zu ihren grundlegenden Werten, zur Wahrnehmung ihres Schicksals als kollektiver Bestimmung und zu gemeinsamen, von Solidarität und Gerechtigkeit bestimmten Verhaltensweisen zurückfindet"<sup>31</sup>.

Das Gros der in Europa über längere Zeit fest ansässigen Ausländer verhält sich so gesetzestreu wie die Mehrheit der autochthonen Bevölkerung. Für die wachsende Kriminalitätsbelastung durch Fremde sind vor allem zwei andere Gruppen verantwortlich: nichtseßhafte Ausländer, die sich illegal im Land aufhalten und oftmals in organisierten Verbrechenstrukturen agieren, sowie ausländische Jugendliche, deren wirtschaftliche und kulturelle Integration mißlang. Von 1984 bis 1992 stieg die Zahl ausländischer jugendlicher Tatverdächtiger in Deutschland von 76.833 auf 237.647 oder anders ausgedrückt um das 3-fache.

In deutschen Gefängnissen herrscht nach Aussagen der Vollzugsbeamten das Chaos. Die Anstalten sind überbelegt, der Ausländeranteil an den Häftlingen beträgt z. B. in Hessen zwischen 42 und 76 Prozent.<sup>32</sup> Aber nicht nur deutsche Gefängnisse sind überbelegt. Die Justizanstalt Wien-Josefstadt, ausgelegt auf eine Kapazität für 633 Personen, war beispielsweise 1995 mit nahezu 1000 Häftlingen belegt, davon 700 Untersuchungshäftlinge. Darunter waren 100 Moslems und insgesamt 40 Prozent ausländische Inhaftierte aus 36 verschiedenen Nationen.

Ende Oktober 1997 verkündete Frankreichs sozialistischer Innenminister das "Recht auf Sicherheit". Gemeinsam mit Regierungschef Jospin wurde das Thema "Sichere Städte für freie Bürger" propagiert. Begründung: Fachleute präsentierten einen besorgniserregenden Befund, wonach die Gewalttaten insgesamt, vor allem aber die Jugendkriminalität eklatant gestiegen sei. Problemviertel in Großstädten wurden als "Zonen der Rechtlosigkeit" charakterisiert. Die Ursache der Unsicherheit liegt in der Einwanderung und ihren Folgen. Die Jugendlichen, über deren "unzivilen" Verhalten die Politiker klagen, sind in der Mehrheit Söhne und Enkel von "Immigrés". "Wenn sich in Frankreich Zustände abzeichnen wie in amerikanischen Großstädten, dann haben Regierungen und Parteien durch die Hinnahme der Einwanderung selbst die Voraussetzungen dafür geschaffen."<sup>33</sup>

Der Wiener UN-Generaldirektor Pino Arlacchi, der in Italien als führender Mafia-Kenner gilt, meinte im Dezember 1997, daß das Organisierte Verbrechen weltweit einen Profit von einer Milliarde Dollar (12,5 Mrd. ATS) täglich an internationalen Finanzmärkten mache. Viele kriminelle Organisationen seien heute multifunktional: Ihr Betätigungsfeld erstreckte sich von Waffen- über Menschen- bis zum Drogenhandel.

### **"Hausgemachte Minderheitenprobleme"**

Aus diesen kurz angerissenen Problemen wird deutlich, daß auch Westeuropa zukünftig nicht von Konflikten verschont bleiben wird, zumal neben "importierten Bürgerkriegen" infolge Migration auch "hausgemachte" Minderheitenprobleme und damit verbunden Autonomiebestrebungen sowie religiöse und soziale Konflikte nicht nur auf Osteuropa beschränkt sind, sondern auch westeuropäische Regionen umfassen (blutiger baskischer Separatismus; unsicherer Frieden zwischen Katholiken und Protestanten in Nordirland; Anschläge korsischer Autonomiebewegungen; Streitigkeiten zwischen Wallonen und Flamen in Belgien; Forderungen

---

<sup>30</sup> Jean Ziegler ist Professor für Soziologie an der Universität Genf und an der Pariser Sorbonne sowie Nationalrat im Parlament der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

<sup>31</sup> Vgl. Ziegler, Jean: Wovon wir nichts wissen wollen. In: Die Presse (Spectrum) vom 21./22. Februar 1998.

<sup>32</sup> Vgl. FOCUS Nr. 47/98, S. 86.

<sup>33</sup> Thankmar von Münchhausen: Das Recht auf Sicherheit. In: FAZ vom 11. Dezember 1997, S. 16.

der nach 1945 aus Istrien vertriebenen Italiener; Unzufriedenheit der Südtiroler mit der römischen Regierung; Differenzen zwischen Angehörigen der sudetendeutschen und tschechischen Volksgruppen trotz einer gemeinsamen Erklärung der Parlamente Deutschlands und Tschechiens etc.).

Wenn es auch derzeit keinen aktuellen Fall einer militärischen Auseinandersetzung gibt, in den Österreich oder andere europäische Länder direkt involviert werden könnten, bleibt die Frage nach der Verteidigungsfähigkeit eines souveränen demokratischen Staates akut. Die Stabilität eines Landes hängt aber nicht nur vom Schutz der Außengrenzen ab, sondern auch vom harmonischen Gefüge im Inneren. Wie "Der Spiegel" berichtet, fühlen sich immer mehr Bürger im eigenen Land bedroht, mißbraucht und in die Defensive gedrängt. Wissenschaftler sprechen von der "Ethnisierung sozialer Probleme", Polizisten und Sozialarbeiter warnen vor "Zeitbomben in den Vorstädten", wo europaweit hunderttausende Jugendliche der zweiten und dritten Gastarbeitergeneration ohne große Chance auf Arbeit und Integration ihr Dasein fristen und nur zu oft von "Paten der Organisierten Kriminalität" als Nachwuchs rekrutiert werden.<sup>34</sup>

Hier kann es wichtig sein, daß die Exekutive in einem "Notfall" auf gut ausgebildete und ausgerüstete Soldaten für Assistenzleistungen zurückgreifen kann, um allen Eventualitäten rasch und effizient begegnen zu können. Eine genaue Analyse der geopolitischen Situation zeigt, daß die neuen, einem umfassenden sicherheitspolitischen Verständnis entsprechenden Herausforderungen nur durch solidarische europäische und internationale Zusammenarbeit gelöst werden können. Dies gilt neben der klassischen Außen- und Sicherheitspolitik auch für die innere, ökologische, ökonomische oder soziale Sicherheit.

Am Ende des 20. Jahrhunderts leben mehr Menschen als je zuvor in Ländern mit relativ pluralistischen politischen Systemen. Einer Schätzung zufolge hat sich die Zahl der Staaten, deren zivile Regierungen durch freie Wahlen an die Macht kamen, seit 1984 verdoppelt. In ganzen Regionen wie der früheren Sowjetunion, Osteuropa und Südamerika, die früher autoritär geführt wurden, hat sich mittlerweile zumindest teilweise der Übergang zur Demokratie vollzogen. Dennoch leiden die Bürger vieler Länder weiterhin unter Menschenrechtsverletzungen, sozialen Unruhen und politischer Instabilität.

---

<sup>34</sup> Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 16/1997, S.79 ff.

<b>Von UNHCR erfaßte Personen nach Regionen<sup>35</sup></b>		
<b>Region</b>	<b>in Prozent</b>	<b>in Mio.</b>
Afrika südlich der Sahara	35 %	7,84
Südwestasien, Nordafrika und Naher Osten	23 %	5,26
Europa	22 %	5,01
Ex-Jugoslawien	9 %	2,16
Asien und Pazifik	7 %	1,57
Amerika und Karibik	4 %	0,88
Gesamt	100 %	22,72

Tabelle 8 Stand: Januar 1997, Quelle: UNHCR-Report 1997-98, S. 3

In vielen Staaten, vor allem in Afrika, Asien und dem Nahen Osten, aber nicht nur dort, bestehen autoritäre Regierungsformen fort. Viele dieser Staaten sehen sich nur einem relativ geringen Druck ausgesetzt, Reformprozesse in Gang zu setzen, weil für die wohlhabenden Länder Handels- und Investitionsmöglichkeiten im allgemeinen Vorrang vor Demokratie und Menschenrechten haben. Angesichts der Ereignisse in Ländern wie Haiti, dem Irak, Afghanistan oder Ex-Zaire braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß es in Staaten, in denen es an politischem Pluralismus mangelt und die Menschen- und Minderheitenrechte mißachtet werden, besonders leicht zu Massenflucht und Vertreibung kommen kann.<sup>36</sup>

Die Bekämpfung der destabilisierenden Ursachen und Folgen der Massenmigration "ist eine Jahrhundertaufgabe, die keine einfachen Lösungen oder Patentrezepte zuläßt"<sup>37</sup>. Die Tatsache, daß Wanderungsbewegungen in einem sich weiter stabilisierenden Europa wohl nicht zur Kriegsursache werden wird, kann kein Anlaß zur Beruhigung sein. Drängendste Aufgabe der Politik sei es, so Hillenbrand, die Ressourcen für eine zukunftsorientierte Migrationspolitik auf allen Ebenen zu erhöhen. "In diesem Sinne sind auf der nationalen Ebene klare Rahmenbedingungen für die Zuwanderung von Menschen zu schaffen, die den sozialen Frieden nicht gefährden." Im überregionalen und internationalen Zusammenhang fordert Hillenbrand die Einsicht, daß die effektivste Migrationspolitik – auch im Hinblick auf deren immense Kosten – die Förderung der "Nichtmigration" sei. Als Lösung sehe er die Ausweitung der Stabilitätsregionen im wohlverstandenen Eigeninteresse als Leitlinie der Weiterentwicklung einer umfassenden lokalen, regionalen und globalen Politik zur Bekämpfung der Migrationsursachen

<sup>35</sup> Das Amt des Hochkommissars der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (United Nations High Commissioner for Refugees) hat heute die Aufgabe, sich um mehr als 22 Millionen Menschen auf der ganzen Welt zu kümmern, etwa die Hälfte davon sind Flüchtlinge im traditionellen Sinne, d.h. Menschen, die ihr Herkunftsland auf der Flucht vor Verfolgung, bewaffnetem Konflikt oder Gewalt verlassen haben. Hinzu kommt eine sehr große Zahl von Menschen, die von der internationalen Gemeinschaft keinen Schutz und keine Unterstützung in irgendeiner Form erhalten und zumeist innerhalb der Grenzen ihres Herkunftslandes bleiben. UNHCR geht von etwa 50 Millionen Menschen aus, die weltweit Opfer von Flucht und Vertreibung sind (UNHCR-Report 1997-98, S. 2.).

<sup>36</sup> Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. UNHCR-Report 1997-98, S. 3 ff.

<sup>37</sup> Hillenbrand, Olaf: Wirksame Migrationspolitik. Aufgabe für die europäische und globale Politik. In: Internationale Politik, Heft 12/1997, S. 62.

und der Bewältigung ihrer Folgen. Allerdings sind hier berechtigte Zweifel angebracht, inwieweit dies realisierbar sein könnte.